

(Muster)

VOB Bauvertrag (Muster)

LOS 17

Auftragsnummer: AZ 03-2026

**Niedersachsenplatz 1
06126 Halle (Saale)**

Zwischen der

**Halle-Neustädter Wohnungsgenossenschaft e.G.,
Telemannstraße 1
06124 Halle**

- nachfolgend Auftraggeberin genannt -

vertreten durch

technischen Vorstand Sven Weber
Prokuristen Franz Kämpf

und

der Firma

**Name
Straße
Ort**

- nachfolgend Auftragnehmerin genannt -

vertreten durch

GF

wird nachfolgend vereinbart:

Inhalt

1.	Gegenstand des Vertrages	3
2.	Vertragsbestandteile, anzuwendendes Recht, Geltungsreihenfolge	3
3.	Planungsleistung	4
4.	Vergabe an Nachunternehmer	4
5.	Verkehrssicherung	4
6.	Erklärung über Unfallverhütungsvorschriften und Arbeitssicherheitsregelungen	4
7.	Bauleiter	5
8.	Bauausführung	6
9.	Verbrauchskosten Bauwasser / Baustrom / Bauwärme	7
10.	Ordnung auf der Baustelle / Bauschutt	7
11.	Ausführungsfristen	8
12.	Dokumente / Bescheinigungen	9
13.	Abnahme	9
14.	Vertragsstrafe	9
15.	Übergabe von Unterlagen	9
16.	Zahlungsbedingungen	10
17.	Sicherheitsleistungen und Bürgschaften	11
18.	Gerichtsstand	11
19.	Schlussbestimmungen	11

Präambel

Die Auftraggeberin ist eine Wohnungsgenossenschaft mit Sitz in Halle (Saale). Sie ist Eigentümerin des oben genannten Grundstückes und beabsichtigt die Schaffung eines Begegnungs- und Bewegungszentrums als neues Stadtteilzentrums im westlichen Teil von Halle-Neustadt am Niedersachsenplatz 1. Es soll die immer älter werdenden Bewohner des Quartiers unterstützen, so lange wie möglich gesund und fit zu bleiben, soziale Kontakte wahrzunehmen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, Gemeinschaft zu leben und zu erleben. Dieses Zentrum soll eine Vielzahl an Angeboten enthalten, wie z. B. Sportflächen, Physiotherapie, Gastronomie, Sanitär- und Umkleidebereiche mit Sauna.

Die Schaffung des Begegnungs- und Bewegungszentrums erfolgt durch Sanierung und Umbau einer teilunterkellerten ehemaligen DDR-Kaufhalle vom Typ ESK 1000 aus dem Jahr 1978. Der Kaufhallenkomplex ist ein geschlossener Baukörper in Stahlleichtbaubauweise mit den Systemabmessungen von 54 m x 36 m und einer Teilunterkellerung mit den Systemmaßen 12 m x 36 m. Die Nutzflächen im Gebäude betragen ca. 2.300 m², die Flächen der Außenbereiche ca. 1.000 m².

Vor diesem Hintergrund – die Präambel ist dabei verbindlicher Vertragsbestandteil – schließen die Parteien nachfolgenden Vertrag:

1. Gegenstand des Vertrages

Die Auftraggeberin überträgt der Auftragnehmerin die Ausführungen der Leistungen hinsichtlich des ausgeschriebenen Leistungsverzeichnisses. Im Rahmen dieser Leistungen sind die gewerkespezifischen Besonderheiten zu beachten.

2. Vertragsbestandteile, anzuwendendes Recht, Geltungsreihenfolge

2.1.

Die Regelungen der VOB/B werden mit den Änderungen, wie in den nachfolgenden Ziffern des Vertrages, dargestellt vereinbart.

2.2.

Vertragsbestandteile sind, soweit bezüglich der Unterlagen tatsächlich vorgegeben/vorhanden, in der bei Vertragsabschluss gültigen Fassung:

- a. Die Regelungen dieses Vertrages
- b. Bauzeitenplan
- c. Leistungsverzeichnis
- d. Angebot der Auftragnehmerin
- e. Planunterlagen
- f. „Allgemeine Technische Vertragsbedingungen“ für Bauleistungen (VOB/C) sowie alle einschlägigen DIN-Normen und insbesondere die Wärmeschutzverordnung und die Energieeinsparverordnung (EnEV), Bestimmungen über den Schallschutz gem. DIN 4109, erhöhter Schallschutz und VDI 4100 als Mindeststandard, soweit die vorrangigen Vertragsbestandteile keine höherwertige Ausführung vorsehen.
- g. „Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen“ (VOB/B)

- h. Die einschlägigen Vorschriften der Bauaufsichtsbehörden einschl. des Gewerbeaufsichtsamtes und des Verbandes der Sachversicherer, der Berufsgenossenschaft sowie die Unfallverhütungsvorschriften, insbesondere die Arbeitsstättenverordnung in Verbindung mit den Arbeitsstättenrichtlinien und die Baustellenverordnung
- i. Die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB), soweit nicht durch die VOB/B dispositiv eingeschränkt.2.3

Bei Widersprüchen gelten die Vertragsbestandteile in der obigen Reihenfolge. Ein Widerspruch liegt jedoch nicht vor, soweit die vorrangige Bestimmung lediglich allgemeine Vorgaben für die zu erbringende Leistung enthält, die durch die nachrangige Regelung konkretisiert werden.

3. Planungsleistung

Planungsleistungen im Sinne der HOAI sind allein Sache der Auftraggeberin. Die Auftragnehmerin übernimmt keine Planungsleistungen im Sinne der HOAI. Außerhalb der Leistungsbilder der HOAI liegende Planungsleistungen, wie insbesondere erforderliche Werkstatt- und Montageplanungen sind von der Auftragnehmerin zu erbringen und werden nicht gesondert vergütet.

4. Vergabe an Nachunternehmer

Die vereinbarten Leistungen hat die Auftragnehmerin im Falle der Nachunternehmervergabe mit den im Vergabeverfahren benannten Firmen zu erbringen. Die Weitervergabe von Arbeiten an Nachauftragnehmer nach Baubeginn erfolgt gemäß § 4 Abs. 8 VOB/B sowie unter Einhaltung der Erfordernisse des § 14 TVergG LSA.

5. Verkehrssicherung

Die Auftragnehmerin hat für ihren Leistungsbereich und die Dauer der Ausführung die Baustelle entsprechend den Unfallverhütungsvorschriften, der Straßenverkehrsordnung etc., zu sichern. Die hierfür erforderlichen Einrichtungen sind zu liefern, für die Dauer der Baumaßnahme vorzuhalten und nach Fertigstellung zu beseitigen.

6. Erklärung über Unfallverhütungsvorschriften und Arbeitssicherheitsregelungen

Die AN erklärt:

- dass er über die einschlägigen gültigen Unfallverhütungsvorschriften und Arbeitssicherheitsregelungen informiert ist und er diese einhalten wird,
- dass er seiner Pflicht zur Unterrichtung der Beschäftigten über das Tragen der persönlichen Schutzausrüstung (wie: Helm, Sicherheitsschuhwerk, Schutzkleidung, Gehörschutz etc.) nachgekommen ist,
- dass er über die Beschaffenheit und Einrichtung der Aufenthaltsräume für die am Bau Beschäftigten informiert ist.

7. Bauleiter

7.1. Bauleiter gemäß § 55 BauO LSA

Der Bauleiter oder die Bauleiterin hat darüber zu wachen, dass die Baumaßnahme entsprechend den öffentlich-rechtlichen Anforderungen durchgeführt wird, und die dafür erforderlichen Weisungen zu erteilen. Er oder sie hat im Rahmen dieser Aufgabe auf den sicheren bautechnischen Betrieb der Baustelle, insbesondere auf das gefahrlose Ineinandergreifen der Arbeiten der Unternehmen, zu achten. Der Bauleiter oder die Bauleiterin muss über die für seine oder ihre Aufgabe erforderliche Sachkunde und Erfahrung verfügen. Verfügt er oder sie auf Teilgebieten nicht über die erforderliche Sachkunde, so sind geeignete Fachbauleiter oder Fachbauleiterinnen heranzuziehen. Diese treten insoweit an die Stelle des Bauleiters oder der Bauleiterin. Der Bauleiter oder die Bauleiterin hat seine oder ihre Tätigkeit mit der Tätigkeit der Fachbauleiter oder Fachbauleiterinnen und deren Tätigkeit untereinander abzustimmen.

7.2. Ansprechpartner für die Auftraggeberin

- Herr Sven Weber (technischer Vorstand)

0176 – 10396782

- Herr Franz Kämpf (ppa., Schriftverkehr technischer Vorstand)

0345 – 6913222
0163 – 6913 030
f.kaempf@haneuer.de

- Bauleitung:

Ahola Architekten, Schulstraße 8, 06108 Halle
Herr Marc Steinhoff
0345 – 204150
0173 – 2847022
m.steinhoff@ahola-halle.de

- SiGeKo:

Bauschadstoffberatung
Andreas Giebner, Schloßhof 9, 06425 Plötzkau
0175 - 5164465
info@bauschadstoffberatung.de

7.3. Ansprechpartner für die Auftragnehmerin

Nach Zuschlag ist umgehend, spätestens in der Bauanlaufberatung, sowohl ein für die Baustelle verantwortlicher Bauleiter sowie ein bevollmächtigter Vertreter für vertragliche Angelegenheiten des Auftragnehmers jeweils mit Namen, E-Mail-Adresse und Mobilnummer zu benennen. Ebenso ist ein Wechsel dieser Personen dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Bei Abwesenheit von der Baustelle hat der Auftragnehmer dafür zu sorgen, dass ihn oder seinen Vertreter Nachrichten des Auftraggebers jederzeit erreichen können. Die örtliche Bauleitung des AN (BL AN) hat neben den tätigkeitsbezogenen folgende zusätzliche Aufgaben:

- Erstellen von Betriebsanweisungen gemäß Gefahrstoffverordnung
- Arbeitsverfahren hinsichtlich der erforderlichen Arbeitsschutzmaßnahmen auswählen, zu bewerten
- Der Aufgabenbereich der örtlichen Bauleitung AN umfasst auch die Überwachung der Einhaltung der erforderlichen Arbeitsschutzmaßnahmen.

Treten Umstände ein, die Zweifel an den vorgegebenen Personenschutzmaßnahmen wecken, hat der Bauleiter den AG umgehend zu informieren. Der Bauleiter hat Personal, welches sich nicht an die Auflagen hinsichtlich des Arbeits- und Emissionsschutzes hält, nach Aufforderung durch den AG unverzüglich von der Baustelle zu verweisen.

Durch die örtliche BL AN ist sicherzustellen, dass eine mit den Sicherheitsvorkehrungen vertraute Person (Sicherheitsfachkraft) stets auf der Baustelle anwesend ist und dass die nach den Unfallverhütungsvorschriften und sonstigen technischen Regeln notwendigen Unterweisungen der im Baustellenbereich tätigen Personen von kompetenter Seite vorgenommen werden. Der Nachweis der Sachkunde der Sicherheitsfachkraft ist zu führen.

Der Auftraggeber und dessen Vertreter können, sofern ein sachliches Zusammenarbeiten mit Vertretern oder sonstigen Arbeitnehmern des Auftragnehmers nicht möglich ist, deren Ablösung verlangen. Der Auftragnehmer hat seine Erfüllungsgehilfen - neu hinzukommende jeweils vor Aufnahme der Arbeit - über die bei der Ausführung zu den beachtenden gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen zu unterrichten und ihre Einhaltung zu überwachen.

7.4. Fachunternehmer- / Fachbauleitererklärung (gewerkebezogen) - § 54 BauO LSA

Die Auftragnehmerin stellt den verantwortlichen Bauleiter bzw. Fachbauleiter entsprechend der Landesbauordnung. Der AN übergibt die Fachunternehmererklärung nach § 54 BauO LSA. Die AN versichert, dass er die Baumaßnahme entsprechend der Baugenehmigung ausführen wird und dass der Fachbauleiter bei allen Arbeiten bei der Errichtung und Ausführung der vorgenannten Baumaßnahme die Anforderungen

- der DIN-Vorschriften,
- der Allgemeine Technische Vertragsbedingungen (ATV),
- der technischen Merkblätter,
- der Verarbeitungshinweise der Innung,
- der Planungsunterlagen,
- der Statik und Prüfstatik,
- der Einhaltung der Vorschriften der aktuellen EnEV,
- des Brandschutzes und
- des neuesten Standes der Technik

berücksichtigt, angewendet und ausgeführt hat. Bauaufsichtliche Zulassungen und Prüfzeugnisse sind dem AG zu übergeben. Die Übergabe einer gewerkebezogenen Fachbauleitererklärung wird vereinbart.

8. Bauausführung

8.1.

Die Auftragnehmerin muss die Leistungen erbringen, die sich aus den Regelungen der Vertragsbestandteile gemäß § 2 des Vertrages ergeben und zur Erfüllung der dort definierten Verpflichtungen der Auftragnehmerin erforderlich sind.

8.2.

Nicht zur Leistung der Auftragnehmerin gehören solche Leistungen, die sich aus Abweichung vom Zustand, der Beschaffenheit oder den Eigenschaften des Baugrunds, der

Grundwasserverhältnisse gegenüber dem laut dem geotechnischen Gutachten zu Erwartenden, aus höherer Gewalt oder aus anderen unabwendbaren Umständen ergeben.

8.3. Bautagebuch / Bautagesberichte

Die Auftragnehmerin ist zur Führung eines Bautagebuches bzw. eines Bautagesberichtes verpflichtet. Diese sind wöchentlich oder auf Verlangen, spätestens jedoch mit Einreichung der Schlussrechnung der Auftraggeberin zu übergeben. Dies ist Voraussetzung für eine Schlusszahlung. Die Bautagesberichte müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung des Auftrages von Bedeutung sein können.

8.4. Baustellenbesprechungen

Die Auftragnehmerin hat zu den Baustellenbesprechungen, die die Auftraggeberin regelmäßig durchführt, einen geeigneten bevollmächtigten Vertreter zu entsenden. Die Besprechungen finden jeweils wöchentlich bzw. nach Bedarf statt.

9. Verbrauchskosten Bauwasser / Baustrom / Bauwärme

9.1.

Verbrauchskosten Bauwasser / Baustrom / Bauwärme bei einer vss. Auftragssumme **unter** 10.000 EUR netto:

- Bauwasser, Baustrom und Bauwärme werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

9.2.

Verbrauchskosten Bauwasser / Baustrom / Bauwärme bei einer vss. Auftragssumme **ab** 10.000 EUR netto:

- Die Auftragnehmerin trägt, soweit nichts anderes vereinbart worden ist, im Fall der konkreten Inanspruchnahme der jeweiligen Leistungen die Kosten für den Verbrauch von Bauwasser, Baustrom und Bauwärme mit je 0,4%, es sei denn, die Auftragnehmerin weist einen geringeren Verbrauch nach.

10. Ordnung auf der Baustelle / Bauschutt

Die Auftragnehmerin ist dafür verantwortlich, dass sie auf der Baustelle für ihren Bereich Ordnung und Sauberkeit herstellt. Befolgt die Auftragnehmerin eine dahingehende Anordnung der Auftraggeberin nicht innerhalb einer angemessenen Frist, beauftragt diese eine entsprechende Reinigung der Baustelle. Die Kosten werden von den Abschlagsrechnungssummen der Auftragnehmerin einbehalten.

11. Ausführungsfristen

Ausführungsbeginn und Fertigstellungstermin werden als flexible Fristen gemäß Ziffer 1.1. im FB 214 festgelegt wie folgt:

11.1 Ausführungsbeginn

Derzeit geplanter Baubeginn ist der **der 30.07.2026**. Mit der Ausführung ist jedoch erst nach vorherigem Zugang der entsprechenden Aufforderung durch den Auftraggeber, dies sodann innerhalb von 12 Werktagen (vgl. § 5 Abs. 2 S. 2 VOB/B) zu beginnen. **Die notwendige Aufforderung des Auftraggebers erfolgt spätestens innerhalb von 6 Wochen nach dem derzeit geplanten Baubeginn.**

Ein Abruf innerhalb des in Absatz 1 genannten Zeitfensters gilt als vertragsgemäß und berechtigt den Auftragnehmer nicht zur Geltendmachung von Mehrkosten oder Terminansprüchen, insbesondere nicht zu Nachträgen wegen späterer Beauftragung oder verschobener Leistungserbringung.

Verzögert sich der Abruf aus Gründen, die der Auftraggeber nicht zu vertreten hat, insbesondere aufgrund fehlender behördlicher Genehmigungen, Verzögerungen durch Vorunternehmer oder sonstige externe Umstände, verlängert sich der Abrufzeitraum entsprechend. Dies begründet keinen Anspruch des Auftragnehmers auf Mehrvergütung oder Entschädigung.

Falls der Auftragnehmer aufgrund dieser flexiblen Abrufregelung eine besondere Disposition seiner Kapazitäten vornehmen muss, ist dies bei der Kalkulation des Angebots zu berücksichtigen. Eine nachträgliche Geltendmachung von Mehrkosten wegen geänderter Kapazitätsplanung ist ausgeschlossen.

11.2 Ausführungsende

Die Leistung ist innerhalb von 20 AT nach der in Ziffer 11.1 genannten Frist für den Ausführungsbeginn (voraussichtlich s.o. derzeit zum 30.07.26), somit unter Berücksichtigung des flexiblen Zeitfensters für den Abruf von 6 Wochen, zu vollenden (derzeit **26.08.2026**).

11.3 Vertragsfristen

Verbindliche Vertragsfrist gemäß Ziffer 1.2 des FB 214 VHB Bund ist die in Ziffer 11.2 geregelte Frist für die Vollendung der Leistung.

11.4 nachträgliche Terminvereinbarungen/Ausführungsunterbrechungen

Nachträglich mit der Bauleitung getroffene Terminvereinbarungen sind zwingend schriftlich zu fixieren. Diese ersetzen vorgenannte verbindliche Termine und sind ebenfalls verbindlich. Bei Ausführungsunterbrechungen sind die Arbeiten innerhalb **von 3 AT** nach Mitteilung durch den AG wiederaufzunehmen.

11.5 Bauablaufplan

2 Wochen nach Auftragserteilung, spätestens in der 1. Bauanlaufberatung sind die für den Baufortschritt und die Anschlussgewerke ggf. erforderlichen Zwischentermine innerhalb des im FB 214 definierten Ausführungszeitraums zwischen AG und AN abzustimmen und verbindlich festzulegen. Im Anschluss, spätestens 2 Wochen nach der Bauanlaufberatung hat der AN der Bauüberwachung einen auf dieser Abstimmung basierenden Detailterminplan als detaillierten Balkenplan vorzulegen.

12. Dokumente / Bescheinigungen

Zur Auftragserteilung müssen durch die Auftragnehmerin nachfolgend genannten Dokumente in Kopie bei der Auftraggeberin vorliegen:

- Freistellungsbescheinigung Finanzamt
- IBAN, SWIFT
- Steuernummer /Umsatzsteuer - ID – Nummer
- Haftpflichtversicherungsbescheinigung

13. Abnahme

Die Abnahme der Leistungen der Auftragnehmerin erfolgt förmlich.

14. Vertragsstrafe

Ergänzend zu FB 214 Vergabehandbuch (VHB) Bund wird vereinbart:

14.1.

Die Vertragsstrafe wird auch verwirkt, wenn es zu einer einvernehmlichen oder behinderungsbedingten Fortschreibung der Fertigstellungsfrist dieses Vertrages gekommen ist und die Auftragnehmerin mit der Einhaltung auch des neuen Fertigstellungstermins in Verzug gerät.

14.2.

Der Anspruch der Auftraggeberin auf Ersatz des über die Vertragsstrafe hinausgehenden Schadens bleibt unberührt. Die Vertragsstrafe wird auf diese Ansprüche angerechnet, kann aber als Mindestbetrag geltend gemacht werden.

15. Übergabe von Unterlagen

Spätestens mit der Schlussrechnung sind dem AG folgende Unterlagen, soweit zutreffend, in **1x** Papierform und **1x** auf digitalem Datenträger (CD oder USB-Stick), zu übergeben:

- Technische Datenblätter, bauaufsichtliche Zulassungen und ggf. Lieferscheine;
- Übereinstimmungs- und Verwendbarkeitsnachweise nach gültiger LBO Sachsen-Anhalt;
- alle Bedienungs- und Pflegeanleitungen;
- Handbücher für alle technischen Anlagen sowie Prüfbücher;
- alle vertraglich vereinbarten Nachweise über Eigenschaften von Baustoffen usw.
- alle Prüfatteste;
- Abnahmebescheinigungen etc. von staatlichen und hierfür besonders bestimmten Stellen (insbesondere Abnahmebescheinigungen des TÜV), für diejenigen Anlagen, die einer solchen Abnahme bedürfen;
- aktualisierte Nachunternehmerlisten mit vollständiger Adresse, Telefonnummer und Angaben über die Art der geleisteten Arbeiten, Abnahmeprotokolle bzgl. der Leistungen der Nachunternehmer mit Auflistung der insoweit noch bestehenden Ausführungsmängel, soweit solche Protokolle vorliegen;
- Kurzliste (gewerkeweise) eingebauter Materialien (z. B. Produktname mit Farbangabe), Hersteller bzw. Lieferant und Datenblatt;

- Bestands- und Revisionspläne (im PDF- und DWG-Format) aller errichteten baulichen Anlagen (wie z.B. Kalt- und Warmwasserleitungen, Heizungs-, Lüftungs-, Klimaanlage, Elektroanlagen, Abwasserleitungen, Beförderungsanlagen, Feuerlöschanlagen);
- Zeichnungen aller technischen Anlagen

Der Auftraggeber ist zur Vornahme eines angemessenen Einbehalt berechtigt, solange ihm nicht die o.g. Dokumente in Form und Anzahl wie geschuldet übergeben wurden.

Dem Auftraggeber sind alle wartungspflichtigen Anlagen und -bauteile, deren Prüfintervalle sowie sonstige Anforderungen an die Wartung auf einer gesonderten Anlage zu übergeben.

16. Zahlungsbedingungen

16.1.

Rechnungen haben nur Gültigkeit bzw. Zahlungen können nur ausgeführt werden, wenn diese die nach § 14 UStG vorgeschriebenen Angaben enthalten, kumuliert ausgestellt sind und die aktuelle Auftragssumme, getrennt nach Hauptauftrag und Nachträgen, ausgewiesen ist. Auftragserweiterungen werden nur nach separater schriftlicher Beauftragung vergütet. Eine schriftliche Beauftragung ist vor Ausführung vom AN beim AG einzuholen.

Rechnungsadresse

Halle-Neustädter Wohnungsgenossenschaft e.G.
Telemannstraße 1
06124 Halle/Saale

Rechnungsinhalte nach § 14 VOB

- Leistungen müssen prüfbar abgerechnet werden
- Auftragsnummer (wird gesondert zur Verfügung gestellt)
- Schlussrechnungsdatum nicht vor Endabnahmedatum
- Reihenfolge der Positionen zum Angebot ist einzuhalten
- Aufmaß zu den einzelnen Rechnungspositionen
- Nachträge sind vor Ausführung von der Auftraggeberin zu genehmigen
- Nachlässe sind ausschließlich auf die Gesamtnettosumme zu rechnen (nicht auf die EP)

16.2.

Bei Zahlungen innerhalb von 14 Tagen wird ein **Skonto** von 2% des Rechnungsbetrages abgezogen. Skontofristen beginnen mit dem Tage des Eingangs der Rechnung bei der auftraggebenden Stelle, bzw. dem prüfenden Ingenieurbüro. Die Rechnungszahlungsfrist beträgt 30 Tage ohne Abzug.

16.3.

„Abschlagszahlungen orientieren sich an der Höhe des Wertes der jeweils nachgewiesenen vertragsgemäßen Leistungen. Mängel begründen ein Zurückbehaltungsrecht, das maximal auf das Zweifache der Beseitigungskosten limitiert ist.

17. Sicherheitsleistungen und Bürgschaften

Sicherheitsleistungen und Bürgschaften richten sich nach dem FB 214 Vergabehandbuch (VHB) Bund.

18. Gerichtsstand

Im kaufmännischen Geschäftsverkehr wird als Gerichtsstand gemäß § 18 Abs. 1 VOB/B der Sitz der für die Prozessvertretung der Auftraggeberin zuständigen Stelle vereinbart. Dies ist vorliegend Halle.

19. Schlussbestimmungen

Ergänzungen oder Änderungen bedürfen der Schriftform. Nebenabreden sind nicht getroffen. Es gilt deutsches Recht.

Sollten einzelne Regelungen dieser Vereinbarung nichtig, unwirksam oder lückenhaft sein oder werden, so wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt.

In diesem Fall gelten Regelungen, welche die Parteien vernünftigerweise getroffen hätten, wenn sie die Nichtigkeit, Unwirksamkeit oder Lücke erkannt hätten.

In diesem Zusammenhang gilt folgende Auslegungsregelung: Mit dem Abschluss dieses Vertrages sollen und werden die Regelungen der VOB/B in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses geltenden Fassung mit den hier formulierten vertraglichen Änderungen vereinbart. Sofern Zweifel darüber bestehen, ob und inwieweit eine Regelung dieses Vertrages von der VOB/B abweicht, gilt im Zweifel die vertragliche Regelung vorrangig.

Halle, den 00.00.2025 (Auftrag FB 338)

Auftraggeberin
S. Weber (technischer Vorstand), F. Kämpf (ppa)

Auftragnehmer(in)

Anhang:

FB 338 Auftrag